

Pressemitteilung Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse  
vom 02. Mai 2017

## Thema Netzausbau erfordert transparenten Dialog

Der zweite Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber beim Netzentwicklungsplan Strom 2030 vom 02. Mai 2017 bedeutet keine Entschärfung der Probleme, die ein massiver Ausbau des Übertragungsnetzes mit sich bringt, im Gegenteil:

Die Region Nürnberger Land kann wie erwartet weiterhin vom Ausbau der Wechselstromtrasse P44mod betroffen sein. Die Verstärkungen dieser und anderer Leitungen hängen, wie von Netzbetreiber Tennet bestätigt, mit dem Bau des SuedOstLink zusammen. Bei einem Ausfall der erdverkabelten Gleichstrom-Trasse müssen nach der sogenannten n-1-Regel Ersatzkapazitäten zur Verfügung stehen.

Das Aktionsbündnis betrachtet die wiederholte Beteuerung der Bayerischen Staatsregierung, beide Varianten der P44/P44mod abzulehnen, als unglaubwürdig. Denn gleichzeitig treibt diese die Planungen der unnötigen und kostspieligen Gleichstrom-Trassen voran. Wir befürchten, dass die zu erwartende zeitliche Verzögerung beim Bau des SuedOstLink dazu führen wird, die Verstärkung von bestehenden Wechselstromtrassen zu beschleunigen. Die Verantwortung für die damit verbundenen Backup-Lösungen liegt damit auch auf Seiten der Trassenbefürworter in Berlin und München.

Wir erwarten von der Bayerischen Staatsregierung ein glaubwürdiges Bekenntnis zur „Energiewende dahoam“, denn nur so kann der überflüssige Bau weiterer Stromtrassen verhindert werden. Lippenbekenntnisse, man setze sich gegen Projekte wie die P44 und die P44mod ein, reichen nicht aus, wenn gleichzeitig der Bau des SuedOstLink als angeblich notwendig dargestellt wird. Kontraproduktive Regelungen wie 10H gehören in die Mottenkiste ewig gestriger Energiewende-Gegner. Das Aktionsbündnis fordert einen Verzicht auf Stromtrassen-Projekte wie den SuedOstLink und Folgeprojekte, gleichgültig ob erdverkabelt oder als Freileitungen. Sie schaden der Energiewende. Die Grenzen des Zumutbaren für die Stromkunden werden überschritten, denn der jetzt geplante Netzausbau dient nicht der Stromversorgung, sondern dem finanziellen Wohl der Konzerne.

Wir laden die Staatsregierung und die Netzbetreiber dazu ein, mit uns zum Thema Netzausbau einen öffentlichen und transparenten Dialog zu führen. Der Energiedialog in München wurde ersatzlos gestrichen, es gibt lediglich einseitige Informationsangebote der Netzbetreiber zum Thema SuedOstLink, bei denen den Bürgerinnen und Bürgern jedoch nur die Planungsbeschlüsse zum Trassenbau vorgestellt werden. Dabei wird von den Betroffenen erwartet, dass sie den massiven Trassenausbau grundsätzlich akzeptieren.

Bislang wurden Gespräche mit dem Aktionsbündnis gegen den Süd-Ost-Link vehement abgelehnt. Wo besser als hier kann man erkennen, ob Politik und Netzbetreiber ernsthaft und glaubwürdig an einer frühzeitigen Kommunikation interessiert sind?

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

